

Berlin, 21.11.2016

Presse-Handout

Zusammenfassung zentraler Ergebnisse

Mitte-Studie der FES zeigt Stabilität rechtsextremer und rechtspopulistischer Einstellungen / Verbreitung besonders hoch unter Sympathisanten der AfD / Gleichzeitig Verlagerung in subtile Formen rechtsextremen und menschenfeindlichen Denkens hin zu neurechten Einstellungen / Anstieg von Polarisierung und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft / Stimmung mit Blick auf Flüchtlingssituation gelassen

Unter dem Titel „Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände“ erscheint am 21.11.2016 im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. die neue Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zu rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen in Deutschland (FES-Mitte-Studie).

Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) werden seit 2002 vom Institut für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld untersucht. Dabei handelt es sich um abwertende und feindselige Meinungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen. Die daraus resultierende zehnbändige Reihe der „Deutschen Zustände“ und die Reihe der seit 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung im Zweijahresrhythmus in Auftrag gegebenen Mitte-Studien zu rechtsextremen Einstellungen (bis 2012 in Kooperation mit der Universität Leipzig) wird in Form des vorliegenden Buchs nach 2014 zum zweiten Mal zusammengeführt. Es beschreibt auf Basis einer repräsentativen Erhebung für das Jahr 2016 das Bild einer gespaltenen Gesellschaft.

Andreas Zick / Beate Küpper / Daniela Krause: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Mit Beiträgen von Wilhelm Berghan, Frank Faulbaum, Eva Groß, Alexander Häusler, Andreas Hövermann, Anna Klein, Michael Müller und Jonas Rees. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer; Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2016. ISBN: 978-3-8012-0488-4; Ladenpreis: 12,90 €

Datengrundlage der repräsentativen Umfrage 2016:

- Telefonische Befragung (CATI) von 1.896 repräsentativ ausgewählten Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; Befragungszeitpunkt: Juni bis August 2016;
- Durchführung: Sozialwissenschaftliches Umfrageinstitut GmbH (SUZ), Duisburg
- Daten von insgesamt 1.015 Frauen (53,5 %) und 880 Männern (46,4 %)
- Alter der Befragten: 16 – 95 Jahre; Altersdurchschnitt: 50,3 Jahre

Projektleitung IKG: Prof. Dr. Andreas Zick

Projektteam IKG: Prof. Dr. Andreas Zick, Prof. Dr. Beate Küpper (HS Niederrhein), Daniela Krause in Kooperation mit Dr. Anna Klein und Dr. Andreas Hövermann

Koordinatorin IKG: Daniela Krause, Tel.: (0521) 106 – 3116; daniela.krause@uni-bielefeld.de

Projektleitung FES: Dr. Ralf Melzer Tel.: (030) 26935-7309; ralf.melzer@fes.de

Pressekontakte: Gaby Rotthaus (FES): (030) 26935-7311 / Gaby Sander (IKG): (0521) 106-3124

Wesentliche Trends

Mit dem Blick auf die Entwicklungen seit 2002 sind negative Meinungen über gesellschaftliche Gruppen – Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) – stabil oder sogar rückläufig: Vorurteile gegenüber Menschen mit Behinderung sind fast nicht feststellbar (2 %). Die Abwertungen von Menschen mit homosexuellen Orientierungen sind weiter rückläufig (10 % derzeit). Auch ein offener (klassischer) Antisemitismus geht zurück (auf 6 % Zustimmung).

Auch sind Vorurteile gegenüber Neuhinzugezogenen (39 %), Immigranten (19 %), Sinti und Roma (25 %), Wohnungslosen (18 %) sowie der Rassismus (9 %) und Sexismus (9 %) rückläufig bis 2014 und seit dem relativ stabil.

Konfliktträchtig dagegen sind die weitverbreiteten muslimfeindlichen Einstellungen (19 %) und die Zustimmung zu Vorurteilen gegenüber asylsuchenden Menschen; sie stiegen von 2014 (44%) auf 50% in 2016. Stabil hoch sind Zustimmungen zu negativen Meinungen über langzeitarbeitslose Menschen; sie werden von fast der Hälfte aller Befragten geteilt (49%).

Ebenso zeigen sich stärkere Zustimmungen zu subtileren Vorurteilen, wie sie sich z.B. in sekundärem und in israelbezogenem Antisemitismus zeigen: 25% meinen, Juden würden “aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil ziehen”, 40% sind der Meinung: “Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.” Zudem zeigen sich in einigen Facetten von GMF so genannte Polarisierungseffekte: Im Vergleich zur FES-Mitte-Studie 2014 sind extreme Zustimmungen oder Ablehnungen von Vorurteilen stärker vorhanden.

Mit Blick auf Unterschiede in demografischen Gruppen fallen signifikante Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Befragten auf: Fremdenfeindlichkeit, Muslimfeindlichkeit, die Abwertung von Sinti und Roma, asylsuchenden und wohnungslosen Menschen sind im Osten signifikant stärker ausgeprägt. Auch die Meinung, Neuankömmlinge generell müssten sich in einer Gesellschaft erst einmal hintenanstellen, ist im Osten stärker.

Personen mit unterem und mittlerem Einkommen und geringerer bis mittlerer Bildung sind dabei anfälliger für menschenfeindliche Meinungen.

Besonders auffällig sind die menschenfeindlichen Meinungen unter Befragten, die mit den Ideen der AfD sympathisieren: Ihre Anhänger und Anhängerinnen stimmen mehrheitlich fremdenfeindlichen (68%), muslimfeindlichen (64%) und antiziganistischen Meinungen (59%) sowie Abwertungen von asylsuchenden (88%) und arbeitslosen Menschen (68%) zu.

Dass menschenfeindliche Meinungen folgenreich sein können, zeigt die Studie: Die Zustimmungen zu den verschiedenen Facetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit gehen überzufällig mit einer höheren allgemeinen Gewaltbereitschaft und –billigung einher.

Fokus Flucht und Geflüchtete

Die Stimmung in der Bevölkerung ist mit Blick auf die Geflüchteten deutlich positiver, als vielfach unterstellt, zugleich polarisieren sich die Meinungen deutlich, was sich ganz ähnlich auch bei anderen Themen zeigt.

Die Mehrheit der Bevölkerung äußert sich im Sommer 2016 wohlwollend oder zumindest in der Tendenz positiv zur *Aufnahme von Geflüchteten* in Deutschland. Über die Hälfte der Befragten (56 %) findet die Aufnahme gut, weitere 24 % zumindest „teils-teils“ gut und ist optimistisch, dass es der Gesellschaft gelingt, die aktuelle Situation zu bewältigen (77% sind hier eher oder sehr hoffnungsvoll). Nur 20 % finden es explizit „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat.

In diesem Teil der Bevölkerung ist auch das ehrenamtliche Engagement groß (41 % der Befragten geben an, sie selbst oder jemand in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis engagiere sich für Geflüchtete), umgekehrt geben 51 % an, dies sei „eher“ oder „überhaupt nicht“ der Fall.

Dieser Teil der Bevölkerung vertritt deutlich ablehnende Meinungen und Skepsis, insbesondere dann, wenn es um die *Bewältigung der Integrationsaufgaben* geht, tut aber offenbar auch selbst weniger, die Lage auf konstruktive Weise zu verbessern. Die Analysen zeigen: Wer große Sorgen angesichts der Flüchtlingsbewegung und wenig Hoffnung hat, dass Deutschland die Situation bewältigen wird, neigt eher zu Vorurteilen gegenüber Geflüchteten, ist weniger bereit, sich für Flüchtlinge zu engagieren und eher dazu bereit, gegen Zuwanderung zu demonstrieren.

Nur eine kleine Minderheit fühlt sich dabei persönlich durch Flüchtlinge in ihrer Lebensweise (6%) bzw. finanziell (7%) bedroht, allerdings befürchtet rund ein Viertel der Befragten ein Absinken des Lebensstandards in Deutschland. 35% der Befragten meinen „eher“ oder „voll und ganz“, der deutsche Staat kümmere sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche. Die große Mehrheit erlebt keine großen Probleme mit Geflüchteten in ihrer Wohngegend, fühlt sich nicht bedroht und befürchtet auch kein Absinken des Lebensstandards und 50% sind eher oder überhaupt nicht der Meinung, der Staat kümmere sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche. Auch in Bezug auf die Forderung nach einer ‚Obergrenze für Flüchtlinge in Deutschland‘ ist die Meinung gespalten: 38 % der Befragten sprechen sich eindeutig dafür aus, 21 % sind strikt dagegen.

Einstellungen der Deutschen zu Geflüchteten 2016
(Angaben in Prozent)

Tabelle 4.1

Ich stimme ... →	n =	überhaupt nicht zu	eher nicht zu	teils zu/ teils nicht zu	eher zu	voll und ganz zu
Ich finde es gut, dass Deutschland viele Flüchtlinge aufgenommen hat.	1.886	9,9	10,4	24,2	20,4	35,1
In meinem Freundes- und Bekanntenkreis sind viele für die Aufnahme von Flüchtlingen.	1.788	19,4	15,0	27,5	15,9	22,1
Ich selbst oder jemand aus meinen Freundes- und Bekanntenkreis engagiert sich ehrenamtlich für Flüchtlinge.	1.849	41,3	9,4	8,3	14,6	26,4
Flüchtlinge, die hier leben, bedrohen meine persönliche Lebensweise.	1.885	74,3	12,7	7,6	2,5	3,0
Flüchtlinge, die hier leben, bedrohen meine eigene finanzielle Situation.	1.884	72,8	12,6	7,3	3,0	4,3
Menschen, die vor Kriegen flüchten, sollten in Deutschland aufgenommen werden.	1.892	2,8	2,5	8,6	17,4	68,7
Flüchtlinge nehmen den Deutschen die Wohnungen weg.	1.854	59,8	17,1	12,6	6,5	4,0
Für die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge sollte eine Obergrenze eingeführt werden.	1.856	21,4	12,4	13,3	14,8	38,1
Der deutsche Staat kümmert sich mehr um Flüchtlinge als um hilfsbedürftige Deutsche.	1.826	34,9	15,4	14,3	14,4	21,0
Wirtschaftsflüchtlinge sollten umgehend zurückgeschickt werden.	1.852	12,1	10,3	14,5	18,8	44,2
Der Lebensstandard der Deutschen wird durch die Aufnahme der Flüchtlinge sinken.	1.843	42,3	19,4	14,6	11,3	12,4
In der Gegend, in der ich wohne, gibt es große Probleme mit Flüchtlingen.	1.878	69,0	15,4	6,6	4,5	5,0

Anmerkung Die Items wurden mit Ausnahme der ersten drei Items aus der Studie »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Bayern« von Werner Fröhlich, Christian Ganser und Eva Köhler übernommen. Die anderen Items wurden von den Hauptautoren der FES-Mitte-Studie 2016 selbst entwickelt.

Die Haltungen und Gefühle gegenüber Geflüchteten hängen weniger vom Einkommen oder anderen soziodemographischen Merkmalen ab, als vielmehr von der politischen Grundhaltung der Befragten. Insbesondere unter den potentiellen Wähler_innen der AfD sind ablehnende Einstellungen gegenüber Geflüchteten weit verbreitet, während bei den Wähler_innen aller anderen etablierten Parteien und auch den erklärten Nichtwähler_innen eine positive Grundhaltung zur Aufnahme von Geflüchteten überwiegt. Unter den Befragten mit einer generell negativen Haltung zu Geflüchteten, sind Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch gegenüber anderen Gruppen und rechtsextreme Einstellungen deutlich weiter verbreitet.

Die Bevölkerung wird in ihrer grundsätzlichen positiven Grundhaltung, ihrer Gelassenheit und ihrer Bereitschaft zum Engagement für Geflüchtete unterschätzt. Sie steht gegen eine kleine, harte Minderheit, die nicht nur Geflüchtete ablehnt, sondern auch eher andere soziale Gruppen abwertet und zu rechtsextremen Einstellungen neigt. Angst- und Bedrohungsrhetorik mit Blick auf Geflüchtete befördert dies. Das Thema Flüchtlinge steht exemplarisch für die Gespaltenheit der Gesellschaft in eine Mehrheit, die Weltoffenheit, Toleranz und Gleichwertigkeit will und jene nicht ganz kleine und laute Minderheit, die Abschottung, nationale Rückbesinnung und Ungleichwertigkeit fordert.

Fokus rechtsextreme Einstellungen

Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland bewegen sich im Vergleich zu 2014 auf stabilem Niveau. Im Vergleich zum Ausmaß zwischen 2006 und 2012 sind die aber deutlich geringer ausgeprägt. Die Zustimmung zum Gesamtindex rechtsextreme Orientierung liegt 2016 bei 2,8 % (Gesamt) bzw. bei 5,9 % (Ost) und 2,3 % (West). Insbesondere die nationalchauvinistische (12,5 %) oder ausländerfeindliche (7,7 %) Dimension findet Zustimmung in der Mitte der Gesellschaft. Darüber hinaus äußern immerhin 8,6 % Zustimmung zu der Aussage, die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden. Mehr als 7 % sind der Meinung, die Deutschen wären anderen Völkern von Natur aus überlegen.

Im Vergleich zu 2014 hat sich die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen bei Ostdeutschen verdoppelt. Befragte über 60 Jahre, geringer Gebildete, politisch rechts Orientierte und Einkommensschwache zeigen stärker rechtsextreme Einstellungen als ihre jeweiligen Vergleichsgruppen. Eine rechtsextreme Einstellung hängt zudem stark mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewaltaffinität zusammen. Dies trifft ebenso auf rechtspopulistische Orientierungen zu, die 2016 verglichen mit 2014 minimal angestiegen und bei gut 20 % der Bevölkerung zu beobachten sind.

Fokus neurechte Einstellungen

Die FES-Mitte-Studie 2016 hat erstmals die Zustimmung und Ablehnung neurechter Einstellungen in der Bevölkerung erfasst. Die Neue Rechte transportiert über die Begriffe „Identität“ und „Widerstand“ ihre nationalistisch-völkische Ideologie.

Verschwörungsmymen in Bezug auf eine vermeintliche Unterwanderung durch den Islam, die Behauptung eines Meinungsdictats, eine Beschimpfung des „Establishments“ als illegitim, verlogen und betrügerisch, die Forderung nationaler Rückbesinnung gegen die EU und der Aufruf zum Widerstand gegen die aktuelle Politik bilden ein zusammenhängendes neurechtes Einstellungsmuster, das von fast 28 % der Bevölkerung vertreten wird. Je weiter rechts die Befragten sich selbst positionieren, desto eher vertreten sie auch diese Form neurechter Einstellungen. 84 % der AfD-Wähler_innen neigen zu neurechten Einstellungen.

40% aller Befragten meinen, die deutsche Gesellschaft würde durch den Islam unterwandert. Mehr als jede/r Fünfte (28 %) denkt; „Die regierenden Parteien betrügen das Volk“, ebenso viele beklagen: „In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.“ (28 %) und fordern: „Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen“ (29 %). Wer neurechte Einstellungen vertritt, ist weniger stolz auf die Demokratie und Verfassung, tendiert hingegen mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und offen rechtsextremen Einstellungen. Hinter Verschwörungsmymen mit Blick auf den Islam und die etablierte Politik, dem Einklagen von Meinungsfreiheit und dem Aufruf zum Widerstand verbergen sich nicht selten antidemokratische Grundhaltungen.

Neurechte Einstellungen 2016 (Angaben in Prozent)		Tabelle 6.1				Tabelle 6.1	
Anti-Establishment^a (M = 2.85; SD = 1.36; α = .85)	n = 917	trifft überhaupt nicht zu	2	3	4	trifft voll und ganz zu	
Die Regierung verschweigt der Bevölkerung die Wahrheit.	880	20,5	15,3	21,6	19,1	23,5	
Die regierenden Parteien betrügen das Volk.	883	32,1	20,2	19,4	12,7	15,7	
Aufruf zum Widerstand^a (M = 2.67; SD = 1.38; α = .90)	918	trifft überhaupt nicht zu	2	3	4	trifft voll und ganz zu	
Man muss sich gegen die aktuelle Politik wehren.	904	30,3	18,3	19,5	16,2	15,8	
Es ist Zeit, mehr Widerstand gegen die aktuelle Politik zu zeigen.	912	30,1	20,2	20,5	12,3	17,0	
Unterstellung eines Meinungsdictats^a (M = 2.95; SD = 1.22; α = .70)	1.890	trifft überhaupt nicht zu	2	3	4	trifft voll und ganz zu	
In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.	1.860	16,9	11,6	16,6	19,3	35,6	
In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.	1.873	40,8	17,3	13,9	11,9	16,1	
Islamverschwörung (M = 2.33; SD = 1.12; α = .90)	892	stimme überhaupt nicht	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme voll und ganz zu		
Der Islam hat in Deutschland zu viel Einfluss.	865	32,4	23,2	18,1	26,4		
Die deutsche Gesellschaft wird durch den Islam unterwandert.	875	36,7	23,2	19,0	21,1		
Nationale Rückbesinnung gegen die EU^a (M = 2.58; SD = 1.30; α = .70)	929	stimme überhaupt nicht	2	3	4	stimme voll und ganz zu	
Deutschland wäre ohne die EU besser dran.	901	48,6	17,5	15,3	7,2	11,4	
Deutschland muss sich mehr auf sich selbst besinnen.	922	26,6	13,5	19,5	16,4	24,0	

Legende ^a Zur Erfassung dieses Konstrukts wurde eine fünfstufige Antwortskala vorgelegt, bei der nur die Endpole benannt wurden. Die Werte 4 und 5 werden als im Zustimmungsbereich liegend, die Werte 1 und 2 als im Ablehnungsbereich liegend interpretiert.

Klassische rechtsextreme Einstellungen werden zunehmend durch die modernisierte Variante neurechter Einstellungen abgelöst, die in subtilerer Form und im intellektuelleren Gewand nationalistisch-völkische Ideologien transportieren.

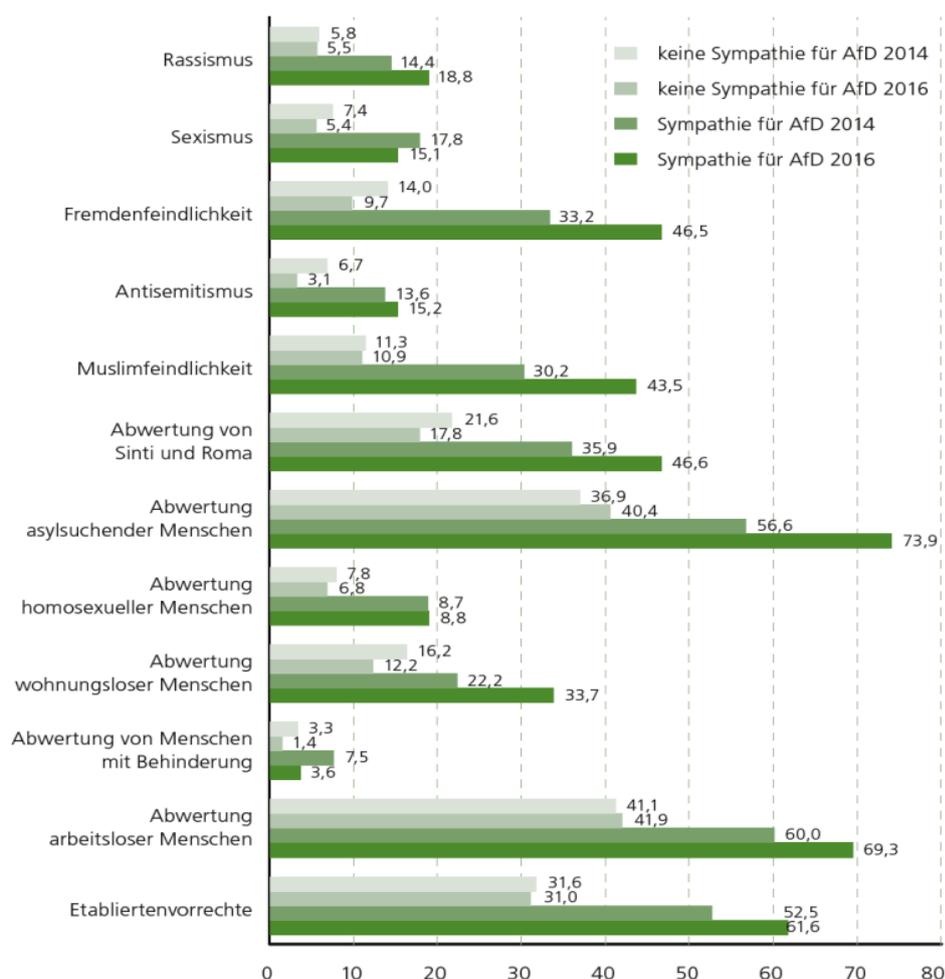
Fokus: AfD-Sympathie, Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen

Die rund 26 % Sympathisantinnen und Sympathisanten der AfD fallen sehr deutlich in ihren hohen Zustimmungen zu vorurteilslastigen und rechtspopulistischen Meinungen auf. Zwei zentrale Fragestellungen gehen dem genauer nach: 1. Inwieweit lässt sich der Rechtsruck der AfD in den letzten Jahren auch in den Einstellungen derer, die mit ihr sympathisieren, nachzeichnen? Und stimmen AfD-Sympathisanten mittlerweile stärker menschenfeindlichen und rechtsextremen Einstellungen zu? 2. Welche Rolle spielen dabei noch neoliberale ökonomistische Abwertungslegitimationen des *marktförmigen Extremismus* im Vergleich zu 2014?

Die Daten bestätigen: Jene, die die Ideen der AfD gut finden, sind im Vergleich zu 2014 deutlich nach rechts gerückt: (1) AfD-Sympathisanten sind menschenfeindlicher und rechtsextremer eingestellt als Nicht-AfD-Sympathisanten. (2) Dieser Trend verstärkt sich 2016. Vor allem steigen die menschenfeindlichen Einstellungen gegenüber Einwanderern, Asylsuchenden und Muslimen sowie ‚Ausländern‘.

Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Abhängigkeit der Sympathie mit der AfD in 2014 und 2016 (Angaben in Prozent)

Grafik 7.1



Zur Frage, welche Rolle dabei neoliberale Überzeugungen spielen, die eine marktförmig geprägte Gesellschaft befürworten, hat bereits die FES-Mitte-Studie 2014 ein zuverlässiges Messinstrument entwickelt. Dieser *marktförmige Extremismus* ist weiterhin ein wichtiger Vermittler zwischen AfD-Sympathie und menschenfeindlichen bzw. rechtsextremen Einstellungen. Allerdings schwächt sich dieser Zusammenhang 2016 ab: Das heißt AfD-Sympathien erklären inzwischen verstärkt direkt menschenfeindliche und rechtsextreme Einstellungen.

Fokus politische Teilhabe und Zivilgesellschaft

In der FES-Mitte-Studie 2016 ist im Vergleich zum Jahr 2011 kein Anstieg der Partizipationsbereitschaft zu beobachten. Eine deutliche Minderheit der Befragten gibt an, sich wahrscheinlich an einer Demonstration gegen Zuwanderung beteiligen zu wollen (7 %). Fast die Hälfte der Befragten wäre hingegen bereit, sich an einer Demonstration gegen Rassismus zu beteiligen (45 %).

Bei den Befragten, die sich an Demonstrationen gegen Zuwanderung beteiligen würden, handelt es sich zwar um eine vergleichsweise kleine, jedoch mit Blick auf politische Einstellungen radikale Gruppe. So finden wir bei diesen sieben Prozent der Befragten ein signifikant höheres Demokratiemisstrauen, höhere Gewaltakzeptanz und höhere Zustimmungen zu allen Dimensionen des Rechtsextremismus.

Befragte, die sich an Demonstrationen gegen Rassismus beteiligen würden, erweisen sich hingegen als weniger gewaltbereit, haben ein höheres Demokratievertrauen und teilen seltener rechtsextreme Einstellungen als Personen, die sich nicht an solchen Demonstrationen beteiligen würden.

Es gibt eine breite demokratische Mitte in Deutschland, die für Gleichwertigkeit und Demokratie eintritt und Gewalt ablehnt. Allerdings ist auch eine kleine protestbereite Gruppe vorhanden, die in hohem Maße gewaltbereit ist und der Demokratie skeptisch gegenübersteht. Zwar ist diese Gruppe wesentlich kleiner, dennoch kann dieser Zusammenhang – insbesondere mit Blick auf das Gewaltpotential – zur Eskalation von Konflikten beitragen. Bei mehr als 40 Prozent der Befragten, die sich an einer Demonstration gegen Zuwanderung beteiligen würden, finden wir eine hohe Gewaltbereitschaft.

Einstellungen zu Demokratie und Gewalt bei Befragten, die an einer Demonstration gegen Zuwanderung/gegen Rassismus teilnehmen würden (Mittelwerte) Grafik 8.1

